

Flüchtlinge: Oberbürgermeister und Landräte fordern in Bergkamen mehr Hilfe durch das Land

Bei ihrem turnusmäßigen Treffen haben sich die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes in der Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen ausführlich mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen befasst.



Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte aus dem RVR-Gebiet tagten in der Ökologiestation in Heil.

Weil die Hauptaktivitäten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland derzeit in den Kommunen stattfinden, ist es für die Verwaltungschefs nicht nachvollziehbar, dass am geplanten Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin am 24. September in Berlin keine Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden teilnehmen sollen. Die Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebietes fordern daher Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände zum Flüchtlingsgipfel hinzuzuziehen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nach Ansicht der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der sich alle staatlichen Ebenen unseres Landes, also der Bund, die Länder und die Kommunen, angemessen zu beteiligen haben. Es könne nicht sein, dass die unterste Ebene, also die Kommunen, von Bund und Land in die Pflicht genommen werden, ohne die Gelegenheit zur Mitsprache zu erhalten.

✘ Bisher haben sich Bund und Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen auf die Hilfe der Kommunen verlassen. Nun sei für die Bewältigung dieser großen Aufgabe, insbesondere bei der künftigen Integration in Regelsysteme wie Arbeitsmarkt, Schulen oder Kindergärten, die vorbehaltlose Unterstützung durch Bund und Land notwendig – so die gemeinsame Haltung aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets.

Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Schreiben der Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebietes an die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, unterzeichnet, in dem die Landesregierung um noch weitergehende Unterstützung bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung für die Kommunen gebeten wird.

Insbesondere fordern die Hauptverwaltungsbeamten der Ruhrgebietskreise und -städte eine weitere Erhöhung der Landeskapazitäten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern. Den Kommunen sollten nur die Personen zugewiesen werden, die auch tatsächlich eine erkennbare Bleibeperspektive haben.

Um künftig Steuererhöhungen und Schließungen von kommunalen Einrichtungen zu vermeiden, fordern die Verwaltungschefs eine vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund. Nur so könne der soziale Frieden in den Kreisen, Städten und Gemeinden gewahrt bleiben.

Außerdem sei eine flexiblere Haltung der Kommunalaufsicht des Landes bei der Anwendung der Regelungen über den Vollzug von kommunalen Haushaltssicherungskonzepten und Haushaltssanierungsplänen notwendig, um den Kommunen insbesondere bei den Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte größere Handlungsspielräume zu gewähren.

Nach Ansicht der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte tragen die Kreise, Städte und Gemeinden in Deutschland die Hauptlast bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Allein im Ruhrgebiet leben derzeit rund 42.000 Flüchtlinge. Das sind 42 Prozent aller Flüchtlinge, die das Land Nordrhein-Westfalen aktuell aufgenommen hat.

Die Organisation der Aufnahme dieser Menschen sei bislang deshalb so gut gelungen, weil sich ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, aus Landesbehörden und aus Hilfsorganisationen in den vergangenen Wochen außergewöhnlich engagiert haben. Insbesondere das spontane ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sei bemerkenswert. Die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte sprechen daher allen Helferinnen und Helfern ihren Dank aus.

Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft:

„Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

die Anzahl der Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach Deutschland kommt, erreicht nicht gekannte Dimensionen. Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ging anfänglich von bundesweit 300.000 Asylantragstellern in 2015 aus. Anfang Mai 2015 hat das BAMF seine Prognose um 50 % nach oben korrigiert und rechnete mit einem Zugang von geschätzten 400.000 Erst- und 50.000 Folgeantragstellern für das Jahr 2015. Aktuell wurde diese Prognose nochmals drastisch angehoben. Demnach sollen dieses Jahr 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen.

Inzwischen wird bereits offen davon gesprochen, dass möglicherweise 1 Mio. Menschen aufgenommen werden müssen. Aber unabhängig davon, wie viele Menschen in Deutschland Schutz suchen, stehen wir gemeinsam vor einer großen humanitären Herausforderung im Hinblick auf die Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge. Damit dies gelingt, bedarf es neben einem stärkeren Engagement des Bundes auch der weiteren

Unterstützung durch die Landesregierung.

Innenminister Ralf Jäger hatte bei unserem Treffen am 12. August bereits eine hilfreiche Änderung der Stichtagsregelung für die pauschalierte Landeszuweisung nach FlüAG zugesagt. Neben der Vorfinanzierung haben wir in dem Termin noch weitere, drängende Sorgen vorgetragen. Wir möchten heute unsere gegenüber dem Innenminister bereits formulierten Erwartungen und Forderungen noch einmal aufzeigen und hoffen auf Ihre Unterstützung, dass diese bei der Landesregierung auch Gehör finden.

Unabhängig von den folgenden finanzpolitischen Betrachtungen muss grundsätzlich Folgendes gelten: Die Kapazitäten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern müssen schnell und deutlich erhöht werden. Es dürfen den Kommunen nur die Personen zugewiesen werden, die auch tatsächlich eine erkennbare Bleibeperspektive haben. Uns allen wäre sehr geholfen, wenn Sie sich für Verfahrenserleichterungen im Vergaberecht, bezgl. der EU-Störfallrichtlinie und bei den brandschutzrechtlichen Vorschriften – analog zum Erlass des MBWSV zu den Zeltunterkünften – einsetzen würden. So könnten wir in die Lage versetzt werden, ohne große zeitliche Verluste die uns zugewiesenen Flüchtlinge adäquat unterzubringen.

Haushalt/Haushaltsausgleich

In Stärkungspaktkommunen und in Kommunen mit einem HSK müssten die durch die Flüchtlingskosten entstehenden Defizite nach Auffassung der Kommunalaufsicht durch andere Maßnahmen aufgefangen werden, damit die gesetzten Haushaltsausgleichszeiträume eingehalten werden. Viele Ausgleichsmechanismen stehen nicht mehr zur Verfügung, so dass in aller Regel auf Steuererhöhungen oder Aufgabenverzichte (z. B. Schließung von öffentlichen Einrichtungen) zurückgegriffen werden müsste. Hierin liegt u. a. ein erheblicher gesellschaftspolitischer Sprengstoff. Damit der soziale Frieden in den Kommunen gewahrt bleibt, ergeben sich für uns

folgende Forderungen:

- Die Kommunen benötigen eine vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund. Dies impliziert auch die Forderung nach Erstattung der Aufwendungen für geduldete Flüchtlinge. In den NRW-Kommunen besteht nach unserer Kenntnis bisher bundesweit die geringste Deckungsquote.
- Sie benötigen eine verlässliche Grundlage für die Haushaltsplanung.
- Soweit aufgrund der unvollständigen Kostenübernahme zum im HSK/HSP festgesetzten Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird, wird in diesem Umfang das Verfehlen des Haushaltsausgleiches von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet.

Nettoneuverschuldungslinie 0 €uro

Stärkungspaktkommunen und Kommunen mit einem HSK haben die Vorgabe, die jährlichen Investitionen so zu planen, dass keine Nettoneuverschuldung eintritt. Hierdurch sind heute alleine schon die zwingend notwendigen Maßnahmen an Schulgebäuden und Straßen kaum noch bzw. gar nicht durchführbar. Durch die immer weiter ansteigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind die Kommunen gezwungen, neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, da die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten z. B. in Wohnungen oder leerstehenden Gebäuden nicht mehr ausreichen. Diese neuen Investitionsmaßnahmen stehen damit in Konkurrenz zu den ebenfalls unabweisbaren Schul- und Straßenbaumaßnahmen.

Hieraus leitet sich für uns folgende Forderung ab: ?

- Die Investitionskosten, die in direktem Zusammenhang mit den zu schaffenden Unterkünften stehen, müssen bei der Betrachtung der Nettoneuverschuldungslinie außer Acht gelassen werden. Diese sind darüber hinaus zu gewähren.

Gleichzeitig darf es nicht passieren, dass die Sparanstrengungen von Kommunen mit ausgeglichenen Haushalten konterkariert werden und diese durch die Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen in die Haushaltssicherung geraten. Dies würde die derzeit mehrheitlich positive Grundstimmung innerhalb der Stadtgesellschaften bezogen auf die Aufnahme von Flüchtlingen gefährden.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir stellen uns der Aufgabe, Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen und ihnen Integrationschancen zu bieten. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Allerdings sind wir nicht mehr in der Lage, u. a. die Kosten hierfür über unsere Haushalte abzufangen. Wir brauchen dringend Unterstützung und eine Perspektive! Ihr Einverständnis vorausgesetzt haben wir Herrn Innenminister Jäger eine Kopie dieses Schreibens zukommen lassen.“

Unbekannte drohen Kioskmitarbeiterin mit Waffe – und flüchten

Zwei unbekannte Männer haben am Donnerstagabend versucht, einen Kiosk an der Derner Straße in Lünen zu überfallen. Sie bedrohten eine Mitarbeiterin mit einer Waffe.

Gegen 21.50 Uhr waren die beiden Männer am Verkaufsfenster des Kiosks erschienen. Sofort bedrohte einer von ihnen die Mitarbeiterin mit der Waffe und forderte sie auf, ihnen Bargeld herauszugeben. Aus Angst rannte die junge Frau in den hinteren Bereich des Verkaufsraums und schrie nach dem Kioskbesitzer. Die Täter bekamen es daraufhin offenbar

ebenfalls mit der Angst zu tun und flüchteten ohne Beute in nördliche Richtung.

Die zwei Unbekannten werden wie folgt beschrieben: Einer von ihnen war ca. 180 bis 185 cm groß, ca. 20 bis 25 Jahre alt und mit einer schwarzen Kapuzenjacke bekleidet. Der zweite war deutlich kleiner, etwa 165 bis 170 cm groß, ca. 20 bis 25 Jahre alt, trug einen Vollbart und eine schwarze Jacke.

Die Polizei sucht nun Zeugen: Haben Sie gestern Abend im Tatortbereich zwei verdächtige Männer gesehen? Dann melden Sie sich bitte beim Kriminaldauerdienst in Dortmund unter Tel. 0231/132-7441.

Flüchtlingsunterkunft: Termin für die 2. Bürgerversammlung steht

Der Termin für die zweite Bürgerversammlung zur Flüchtlingsunterkunft in Weddinghofen steht: Sie wird am Mittwoch, 30. September, um 17.30 Uhr stattfinden. Unklar ist noch der Ort.



Auf dem Parkplatz des Wellenbads wird zurzeit die Flüchtlingsunterkunft errichtet.

Diese zweite Bürgerversammlung hatte Bürgermeister Roland Schäfer bei der ersten zugesagt. Ein Grund war, dass der große Saal des Martin-Luther-Hauses die über 400 interessierten Bürgerinnen und Bürger nicht fassen konnten und viele draußen stehen mussten.

Wie Schäfer am Donnerstag im Stadtrat erklärte, sei es wichtig gewesen, dass bei dieser Bürgerversammlung auch die Bezirksregierung vertreten ist. Mit ihr sei jetzt der 30. September als Termin abgesprochen worden, obwohl noch unsicher ist, ob das Martin-Luther-Haus für diesen Zweck zur Verfügung steht.

Bekanntlich hat der Bau der Zelt-Unterkunft auf dem Parkplatz des Wellenbads begonnen. Dazu und auch zu den weiteren Planungen für eine feste Unterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Schachanlage Grimberg 3/4 wird es dann die neuesten Informationen geben.

Ortsumgehung L 821n legt weiterhin die Nerven blank

Beim ersten Hinhören klingt der Antrag von SPD und Grünen harmlos bis eigentlich selbstverständlich: Die Verwaltung solle verkehrslenkende Maßnahmen entwickeln, die den Schwerlast aus Bergkamener Wohngebiete herausholen sollte. Trotzdem führte dieser Antrag am Donnerstagabend zu einer rund

einstündigen Diskussion im Bergkamener Stadtrat. Um es vorwegzunehmen: Er wurde mit großer Mehrheit beschlossen.



Aufforderung zum Bau der L 821n an der Kampstraße in Weddinghofen.

Der Anlass zur emotionalen Aufregung steckt in der Begründung. Nach Einschätzung der Grünen und der SPD wird der Bau der L821n wegen der Finanzlage des Landes gar nicht oder erst in späteren Jahren kommen. Diese Aussage habe der Landesverkehrsminister vor Ort erklärt und später auch schriftlich bestätigt. Deshalb müsse man jetzt nach alternativen verkehrslenkenden Maßnahmen suchen.

Anders beurteilen CDU-Fraktionschef Thomas Heinzel und CDU-Parteichef Marco Morten Pufke die Lage. In ihren Augen seien die Chancen für den Bau der L821n noch nie so groß wie heute, erklärten beide. Der Antrag von SPD und Grünen sei deshalb ein Signal zur Unzeit. Er könnte so verstanden werden, als wolle Bergkamen die Umgehungsstraße nicht mehr.

Hoffnung schöpft die CDU durch einen Vorschlag des RVR für den Bau von neuen Landesstraßen in NRW in 2016. Auf diese Miniliste befinden sich drei Neubauprojekte: zwei im Rheinland und eine in Westfalen, eben die L821n. Es sind die einzigen Neubauprojekte in NRW, für die Baurecht besteht.

Über diesen Vorschlag der RVR-Verwaltung stimmt übrigens am heutigen Freitag (18. September) die RVR-Versammlung ab.

Vorher soll, so die Order des Regionalverbands, Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters, telefonisch mitteilen, wie die Abstimmung im Bergkamener Stadtrat verlaufen ist. Dies will Peters, wie er im Stadtrat erklärte, nicht ohne Erläuterungen tun. Einerseits ginge es sich nur um verkehrslenkende Maßnahmen und nicht um Baumaßnahmen. Andererseits stehe weiterhin der Ratsbeschluss, der den Bau der L 821n fordert.

Peters geht davon aus, dass jetzt mit Straßen NRW über solche verkehrslenkende Maßnahmen mit Blick auf die Schulstraße verhandelt werden können. Maßnahmen wie die Einschränkung des Lkw-Verkehrs, das Verbot für den Transport gefährlicher Stoffe oder ein generelles Tempo 30 seien damals, als die Ortsdurchfahrt mit Landesmitteln ihr heutiges Gesicht erhalten worden, kategorisch abgelehnt worden. Peters glaubt, dass jetzt mit Straßen NRW über solcher verkehrslenkenden Maßnahme gesprochen werden könne.

Schuleingangsuntersuchung: Jedes vierte Kind hat Sprachprobleme



Dr. Petra
Winzer-Milo,
die Leiterin
des Kinder-
und
Jugendgesundh
eitsdienstes

beim Kreis

Mädchen sind häufiger übergewichtig, Jungen zeigen dafür öfter Entwicklungsdefizite, die behandelt werden müssen. Das ist das Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen des Kreises Unna. Wie im Vorjahr stellten die Schulärztinnen des Kreises bei fast jedem vierten Kind Sprachprobleme fest.

Dabei macht es allerdings kaum einen Unterschied, ob die Kinder aus deutschsprachigen Familien kommen oder aus interkulturellen Familien: Rund 24 Prozent der Kinder, die deutsche Muttersprachler sind, haben eine Sprachstörung, während dieser Anteil bei den Kindern mit einer anderen Muttersprache mit rund 24,5 Prozent nur geringfügig höher ausfällt. Deutlich auffälliger ist hier der Unterschied zwischen Mädchen und Jungen: Rund 19 Prozent der Mädchen, aber rund 30 Prozent der Jungen haben Probleme beim Sprechen.

Interessant ist: Mit 35,9 Prozent hat Bergkamen den höchsten Anteil an Kindern aus Familien, in denen Deutsch nicht die Erstsprache ist. Der Anteil der Kinder mit Sprachstörungen liegt aber deutlich unter dem Kreisdurchschnitt. Auch bei den Kindern mit Verhaltensstörungen „schneidet“ Bergkamen wesentlich besser ab als die eher ländlichen Kommunen Fröndenberg oder Selm.

Die Ergebnisse aufgeschlüsselt nach Kommunen:



Insgesamt untersuchten die Schulärztinnen des Kreises zwischen September 2014 und Juli 2015 bei den Gesundheits-Checks, die für angehende i-Männchen zum Pflichtprogramm gehören, 3.149 Mädchen und Jungen. Aus langjähriger Erfahrung hat Dr. Petra Winzer-Milo, die Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes beim Kreis, Vergleichsmöglichkeiten. Sie unterstreicht: „Die Kinder sind nicht besser oder schlechter als früher. Die Ansprüche an unsere Kinder haben

sich verändert, was sich beispielsweise daran ablesen lässt, dass sie heute früher eingeschult werden.“

Die Schuleingangsuntersuchung dauert in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich eine Stunde. „Das zeigt, wie wichtig es ist, eine gute Grundlage für die gezielte Förderung der Kinder zu haben“, betont Dr. Petra Winzer-Milo. Sie freut sich darüber, dass sich ein positiver Trend der vergangenen Jahre bestätigt hat: Zur Einschulungsuntersuchung brachten 96 Prozent aller Einschulkinder ihr Vorsorgeheft mit. Davon hatten 95 Prozent an der Früherkennungsuntersuchung U9 im Alter von 5 Jahren teilgenommen.

Insgesamt wurden in den Bereichen Motorik, Sprache, Wahrnehmung und Verhalten ähnlich häufig Störungen und Auffälligkeiten festgestellt wie in den Vorjahren. „Wir beobachten allerdings, dass die Erstsprache nicht so entscheidend ist wie das Geschlecht“, analysiert Dr. Petra Winzer-Milo. „Jungen haben nicht nur bei der Sprache, sondern auch in anderen Bereichen wie Motorik oder Wahrnehmung deutlich häufiger Nachholbedarf als Mädchen.“

Deshalb empfehlen die Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes und ihre Mitarbeiterinnen Eltern, ihre Kinder zu Hause zu fördern – und zwar durch ein ganz normales Miteinander: „Sprache entsteht im Dialog. Eltern sollten viel mit ihren Kindern sprechen und keine Ein-Wort-Sätze durchgehen lassen“, nennt Dr. Petra Winzer-Milo ein Beispiel, wie sich Sprachförderung problemlos in den Alltag einbauen lässt.

Wieder höher als im Vorjahr ist mit 10,3 Prozent der Anteil übergewichtiger bzw. stark übergewichtiger Einschulkinder (2014: 8,5 Prozent). Auch deshalb empfehlen die Gesundheits-Expertinnen des Kreises mehr als einem Viertel der Kinder ausdrücklich, Sport zu treiben, um gesundheitliche Probleme in den Griff zu bekommen oder ihnen vorzubeugen.

Schwangere bestohlen – Polizei nimmt Trio fest und gibt Beute zurück

Die Polizei hat am Mittwochabend in der nördlichen Innenstadt drei Männer festgenommen, die im Verdacht stehen, eine Dortmunderin bestohlen zu haben. Die schwangere Frau hatte Glück im Unglück: Die eingesetzten Beamten konnten ihr die gestohlenen Gegenstände kurze Zeit später zurückgeben.

Gegen 18.15 Uhr saß die 25-Jährige auf einer Bank an der Münsterstraße. Zeugen beobachteten, wie sie dort von zwei Männern abgelenkt wurde, während ein Dritter in ihre Handtasche griff, um ihre Geldbörse zu stehlen. Anschließend entfernte sich das Trio. Die Zeugen sprachen die Frau sofort an und machten sie auf den Diebstahl aufmerksam. Gemeinsam gingen sie zur nahegelegenen Polizeiwache.

Aufgrund der guten Beschreibungen konnten die Beamten kurze Zeit später die drei tatverdächtigen Männer – drei Bulgaren ohne festen Wohnsitz in Deutschland (28, 21 und 20 Jahre alt) – noch in Tatortnähe antreffen und vorläufig festnehmen. Bei der Durchsuchung des 20-Jährigen fand man die Geldbörse der jungen Frau sowie einen mittleren dreistelligen Bargelddbetrag, den sie darin aufbewahrt hatte. Noch vor Ort konnten die Beamten die Beute wieder an die glückliche Dortmunderin aushändigen.

Vorsicht am Freitagmorgen auf dem Kleiweg: Bäume werden gefällt

Vorsicht bitte am Freitagmorgen auf dem Kleiweg: Der RVR lässt durch eine Spezialfirma Eschen fällen, die von einem Pilz befallen sind. Das führt zum Austrocknen von Ästen, die bei Wind auf die Straße fallen können. Dabei wird eine Spezialmaschine eingesetzt, durch die die Fällaktion ohne Gefahren durchgeführt werden kann. Es kann aber zu kurzzeitigen Verkehrsbehinderungen führen.

Volksbühne 20 präsentiert schrille Beziehungskomödie „Castinglust und Rollenfrust“

Die neue Herbst-Spielzeit hat begonnen. Nach den ersten Lesungen für das neue Stück des Theatervereins Volksbühne 20 „Castinglust und Rollenfrust“ steht fest: Bei der schrillen Beziehungskomödie von Hans Schimmel werden alle denkbaren Klischees bedient, von der Ehekrise, dem Fernsehkitsch bis hin zum Wohlstandsschmarotzer. Die Premiere des Stücks ist am 17. Oktober 2015, um 18:00 Uhr im Martin-Luther-Haus in Bergkamen-Weddinghofen.



Schaupielker der Volksbühne 20.

Was passiert wenn 30.000,- Euro Prämie locken? So mancher kann sich damit Zange gehegte Wünsche erfüllen wenn nicht..., wenn nicht ein kleiner Haken dabei wäre. Alfred Moppels Bequemlichkeit ist genauso legendär, wie seine chronische Knappheit an Geld. Das Leben könnte so schön sein, wenn er in der Lage wäre, sich endlich seinen langersehnten Wunsch zu erfüllen – den Fernseher Plasma 2000. Als eingefleischter Sozialhilfeempfänger steht seiner Leidenschaft eigentlich nur eines im Weg, die Lust zu arbeiten. Zusammen mit seinen beiden Freunden Harry und Paul, gelingt es Alfred ihre jeweiligen Frauen davon zu überzeugen, bei der Fernsehsendung „Rollentausch Extrem“, keine Gnade für den Partner mitzumachen. Dabei müssen die jeweiligen Paare in die Haut und Charaktere des anderen Geschlechts schlüpfen. Allerdings haben die drei Herren das Kleingedruckte der Verträge übersehen, was sich im Nachhinein als sehr fatal erweist.

Spieltermine:

Martin-Luther-Haus an der Auferstehungskirche in Bergkamen-Weddinghofen, Goekenheide 5

Sa. 17.10.2015 18:00 Uhr -Premiere –

So. 18.10.2015 16:30 Uhr

So. 25.10.2015 16:30 Uhr

Haus Düfelshöft in Südkamen, Dortmunder-Allee 78

Sa. 07.11.2015 19:30 Uhr

So. 08.11.2015 17:00 Uhr

Kartenvorverkauf (bereits angelaufen):

für Weddinghofen/Oberaden Tel. 02306 80683 Frau Dahn

für Düfelshöft, Südkamen Tel. 02307 79193 Herr Schulz

Johanniter suchen ehrenamtliche Helfer für die Betreuung der Flüchtlinge in Weddinghofen

Die Arbeiten für den Aufbau der Zeltstadt auf dem Wellenbad-Parkplatz sind voll angelaufen. Schon jetzt ist zu erkennen, wie von außen die Notunterkunft von 600 Flüchtlingen aussehen wird. Betreut werden die Flüchtlinge durch die Johanniter, die etwa 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen werden. Doch schon auf der Bürgerversammlung im Martin-Luther-Haus ließen Bürgermeister Roland Schäfer, Beigeordnete Christine Busch und Andreas Kleff von den Johannitern keine Zweifel aufkommen, dass es nicht ohne den ehrenamtlichen Einsatz engagierter Bürgerinnen und Bürger gehen wird.



Die Aufbauarbeiten für die Flüchtlingsnotunterkunft auf dem Parkplatz des Wellenbads laufen auf Hochtouren.



Für alle, die die Betreuung der Bewohner unterstützen wollen, haben die Johanniter inzwischen auf ihrer Homepage im Internet eine Seite speziell für die Notunterkunft in Weddinghofen eingerichtet. Hier ist der Link. Dort befindet sich eine Eingabemaske, in der

Interessierte neben den Namen und der Mail-Adresse/Telefonnummer ihre Fremdsprachenkenntnisse und ihre „Angebote“ angeben können. Natürlich ist es auch möglich, Fragen zu stellen.

Dazu gibt es eine lange Liste von Zielen und Aufgaben, die

sich die Johanniter selbst gestellt haben und für die sie um Unterstützung bitten:

- Durchbrechung der gesellschaftlichen Isolation und sozialen Ausgrenzung
- Unterstützung bzw. Begleitung von Flüchtlingen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Schaffung eines breiteren Verständnisses für die Lebenslage von Flüchtlingen in Deutschland, sowie ein Austausch von kulturellen Gegebenheiten durch gegenseitiges Kennenlernen
- Koordination der Ehrenamtsarbeit
- Soziale Betreuung der Flüchtlinge
- Durchgehende Kinderbetreuung
- Begleitung bei Amts- und Ärztegänge (Bundesamt, Ausländeramt, Sozialamt, Schulamt, Standesamt, Gesundheitsamt)
- Unterstützung bei der Wohnraumsuche Vermittler / Bindeglied zur Bevölkerung und Nachbarschaft Organisation der Spendenbereitschaft
- Übersetzungsunterstützung
- Besuch der erkrankten Bewohnern in den Krankenhäusern
- Sicherung der Gesundheitsversorgung
- Begleitung und Vermittlung im Asylverfahren
- Vermittlung von Schulpflichtigen an die entsprechenden Schulen
- Engmaschige Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei

TuRa

Wasserfreunde:

Zentralbad hätte Ausschluss aktiver Schwimmer zur Folge

Bereits bei der Vorstellung des Bädergutachtens durch die Unternehmensberatung Altenburg demonstrierten Mitglieder der TuRa Wasserfreunde zusammen mit der DLRG vor und im Ratstrakt gegen den Bau eines Zentralbades für Kamen und Bergkamen. Jetzt hat der Vorstand der Wasserfreunde ihre Bedenken gegen diese Lösung in einer Stellungnahme dokumentiert, die wir hier im Wortlaut veröffentlichen.



Die TuRa Wasserfreunde und die DLRG Bergkamen machten auf der Zuschauertribüne des Ratssaales deutlich, was sie von einem Zentralbad halten.

„Die Wasserfreunde TuRa Bergkamen als ortsansässiger Schwimmverein beobachten mit sehr großer Besorgnis die Zukunft der Bäderlandschaft in den beiden Gemeinden Bergkamen und Kamen. Dabei stößt die Möglichkeit der Errichtung eines Zentralbades für beide Gemeinden auf sehr große Skepsis, inwieweit die Bedürfnisse der Vereine berücksichtigt werden können, bereitet uns natürlich große Sorge.

Die Wasserfreunde TuRa Bergkamen bieten Kindern und

Jugendlichen in verschiedenen Alters- und Leistungsgruppen die Möglichkeit, das Schwimmen als Sport kennenzulernen und weiterzuentwickeln. Hierzu stehen je nach Leistungsstand zwei- bis viermal pro Woche Wasserzeiten zur Verfügung.

Nichtschwimmerkurse, für die lange Wartelisten bestehen, wurden schon vor längerer Zeit aus Platzmangel in die Kleinschwimmhalle der Bodelschwingschule in Bergkamen-Heil ausgelagert.

Im Bereich des Vereinssports ist in letzter Zeit vor allem die Nachfrage nach der Möglichkeit, die Schwimmfähigkeiten nach dem Erwerb des Seepferdchens zu festigen, stark angestiegen.

Dies führte in der Vergangenheit nun schon wiederholt zu Aufnahmestopps, da ansonsten eine adäquate und sichere Betreuung der Kinder nicht mehr gewährleistet wäre.

Beide Wettkampfmansschaften zeigen immer wieder große Erfolge bei regionalen und überregionalen Wettkämpfen.

Die 1. Mannschaft ist zudem bei Meisterschaften auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene vertreten und hat bis heute zahlreiche Titel errungen.

In der jüngsten Vergangenheit waren auch Schwimmer und Schwimmerinnen bei Deutschen Meisterschaften vertreten und selbst ein deutscher Titel und Vizetitel wurden erschwommen.

Gerade für die Stadt Bergkamen ist dies eine präsentative Außendarstellung.

Das dies nur durch sehr gute Trainingsmöglichkeiten erreicht werden kann, ist unbestritten. Der 1. Mannschaft stehen hierfür 4x2 Wasserstunden pro Woche zur Verfügung.

Dieses zum Training zur Verfügung stehende Zeitfenster (16.30–20.00 Uhr) kollidiert natürlich mit dem berechtigten Anspruch der Öffentlichkeit auf Nutzung der Bäder in ihrer Freizeit. Stünden den privaten Nutzern sowie allen Vereinen

und Gruppierungen beider Kommunen nur noch ein Zentralbad zur Verfügung, so gingen mit der Aufteilung der Wasserfläche und Wasserzeiten lange gewachsene Strukturen verloren und viele Angebote könnten in der jetzigen Form nicht mehr bereitgestellt werden.

Der exemplarische Belegungsplan (Musterbelegungsplan) des Zentralbades aus dem aktuellen „Modularen Strategiekonzept“ der Unternehmungsberatung Altenburg zeigt deutlich, dass eine Unterbringung der 11 Vereine aus beiden Gemeinden auf 8 Bahnen, à 25m nicht möglich ist.

Um die Worte von Hr. Altenburg aufzunehmen: „Das ist auskömmlich, da quietscht nichts“ sagen wir: „Es quietscht gewaltig“.

Jetzt schon sind unsere Bahnkapazitäten erschöpft. Ein Zentralbad hätte ein Ausschluss von aktiven Schwimmern zur Folge.

Die Pläne eines Zentralbades orientieren sich nicht an die Bedürfnisse der Schwimmvereine.

Ein direkter Vergleich unserer 2 Bäder bzgl. des Vereinssports mit dem Ist-Zustand des Bades in Bönen ist **nicht** vergleichbar.

Die Vereinsbelegung des Bönener Bades zeigt durchweg Reha Sport, Wassergymnastik für Senioren und Schwimmkurse für die Kleinsten.

Dort ist eine Belegung eines Lehrschwimmbeckens mit großen Gruppen möglich und sinnvoll.

Es sollte hierbei auch noch erwähnt werden, dass die Wasserfreunde TuRa Bergkamen auch vielen Kindern mit Migrationshintergrund das Schwimmen näher bringen und damit auch einen kleinen Teil zur Integration beitragen. Da das Bergkamener Bad eine zentrale Lage hat, kann dies auch gut von sozialschwachen Familien erreicht werden. Durch den aktuellen

Flüchtlingszustrom wird sich in naher bis mittlerer Zukunft die Bevölkerungsanzahl der Stadt Bergkamen zunehmen. Dies wurde nicht in dem „Modularen Strategiekonzept“ der Unternehmensgruppe Altenburg berücksichtigt.“

Abschließend sollte auch noch berücksichtigt werden, daß sowohl die Wasserfreunde TuRa Bergkamen, als auch beide in Kamen ansässigen Schwimmvereine mehrmals an den Wochenenden Wettkämpfe durchführen, die schon eine lange Tradition haben.

All diese Gründe veranlassen die Wasserfreunde TuRa Bergkamen dazu, die Errichtung eines Zentralbades für beide Kommunen mit großer Skepsis zu betrachten.

Erscheint der Bau eines Zentralbades aus betriebswirtschaftlichen Gründen verständlich, so sollten andere Lösungen, wie der Neubau eines Kombibades je Gemeinde auch in Betracht gezogen werden.

Die Stadt Bergkamen hat sich bis jetzt gegenüber den jungen Familien familienfreundlich gezeigt. Ein eigenes Bad in unserer Stadt würde dies für unsere Stadt weiterhin unterstützen.

Wir laden gerne die verantwortlichen Entscheidungsträger ein, sich persönlich ein Bild vor Ort zu machen.“

Kreissportbund **sucht**
kurzfristig
Bundesfreiwilligendienstler/i

n

Auch in diesem Jahr bietet der KreisSportBund Unna e. V. (KSB) insgesamt sechs jungen Erwachsenen die Gelegenheit, ein Freiwilligendienst im Sport abzuleisten. Da einer der ursprünglich eingeplanten Freiwilligen kurzfristig abgesagt hat, hat der KSB nun eine weite Stelle im Offenen Ganztage der Eichendorfgrundschule in Kamen zu vergeben.

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Sport ist ein Bildungs- und Orientierungsjahr, das pädagogisch begleitet wird und Erfahrungsräume für Freiwillige eröffnet. Der Erwerb persönlicher Kompetenzen und sportlicher Lizenzen sowie Berufs- und Engagementorientierung stehen im Mittelpunkt.

Ob als Einstieg in die Arbeit mit Grundschulkindern, oder die Aufgaben der Sportselbstverwaltung kennen zu lernen, für jugend- und sportbegeisterte junge Menschen dürfte dieses Angebot genau das Richtige sein. Unter Anleitung erfahrener Mitarbeiter werden den Freiwilligen Verantwortung im sportlichen, organisatorischen und sozialen Bereich übertragen. Um sich weiter im sportlichen Handeln entwickeln zu können, bildet der KSB alle Freiwilligendienstler zu Übungsleitern aus. Des Weiteren ergänzt Matthias Hartmann, Geschäftsführer im KreisSportBund Unna e. V.: „Unsere Freiwilligendienstler sollen Erfahrungen sammeln, neue Arbeitsfelder kennen lernen und vor allem Spaß an der Arbeit in der Geschäftsstelle oder einer unserer Offenen Ganztagesgrundschulen haben.“ und fasst damit die Ziele der zwölf Monate umfassenden Arbeitszeit zusammen.

Interessenten für die offene Position können sich ab sofort mit einer schriftlichen Bewerbung, tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Kopie des letzten Zeugnisses beim KSB Unna bewerben.

Für weitere Informationen steht der KSB auch telefonisch unter

der Nummern (02303) 25 12 00 zur Verfügung.